

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 700

Mittwoch, 18. März 2020.

27. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Gleiches und Verschiedenes: (Rück-)Blick in die ‚runden‘ Ausgaben.....	1
Heft 100 vom 23. Oktober 1996.....	1
Heft 200 vom 15. Dezember 1999.....	2
Heft 300 vom 31.12.2003.....	2
Heft 400 vom 19. Dezember 2007.....	2
Heft 500 vom 21. Dezember 2011.....	2
Heft 600 vom 3. Februar 2016.....	3
COVID-19: Personen, die aus Europa einreisen, müssen in Quarantäne.....	4
Wieder Mord an Mitglied von CODECA in Guatemala.....	4
„Frauen“politik von Giammattei: Weder Frauensekretariat noch Frauenministerium.....	4
Grüße aus Guatemala zum 700. Heft.....	6

Gleiches und Verschiedenes: (Rück-)Blick in die ‚runden‘ Ausgaben

700 Hefte namens **¡Fijáte!** sind nun erschienen. Viele Inhalte und Themen sind von den verschiedenen Redaktionen bearbeitet worden. Der aktuelle Redakteur, Stephan Brües, kennt davon 675 Ausgaben, zunächst als Abonnent, ab 2009 als Redakteur. Nun blickt er auf die ‚runden‘ Ausgaben 100, 200, 300, 400, 500 und 600.

Sichtbar werden die Konstanten und die Veränderungen in der guatemaltekischen Politik der letzten 25 ½ Jahre.

Interessant ist, dass alle Ausgaben rund um die Präsidentschaftswahlen herauskamen. Die neuen Präsidenten (keine -innen) kamen ins Amt, die alten wurden in ihren fehlenden Erfolgen in Bezug auf das Wohl der Bevölkerung ‚gewürdigt‘.

Es wurde einem beim Rückblick bewusst, dass solche Regierungskriminelle Banden wie La Linea um Otto Pérez Molina und Roxana Baldetti nichts wirklich Neues in der guatemaltekischen Geschichte waren, und zugleich, dass dieser Otto Ende der 1990er Jahre als (vergleichsweise) progressiver Militär und zukünftiger Machtfaktor gehandelt wurde.

Die Vorhersagen in der **¡Fijáte!**, bzw. natürlich diejenigen ihrer benutzten Quellen, waren oft sehr präzise.

Heft 100 vom 23. Oktober 1996

Das Heft 100 stand zum einen im Zeichen einer Korruptionsaffäre um den Zollangestellten Alfredo Moreno Molina, die vor allem von Geheimdienstkreisen und hohen Militärs (genannt Cofradía) gesteuert wurde. Der Schmuggelring habe dabei fast alle Importgeschäfte kontrolliert und Schutzgeld bei Importeuren erhoben, weil sonst die Waren verschwinden und/oder die Lastwagen abbrennen würden.

Der damalige Präsident Álvaro Arzú und einige Militärs, Polizei und Justiz gingen gegen die Bande vor, vor allem auch weil Moreno mit dem damaligen Oppositionsführer, Alfonso Portillo (von der Rios Montt-Partei FRG), befreundet war „und so der einzigen Oppositionspartei und einem Politiker mit Zukunft – ganz nebenbei – einen heftigen Schlag versetzen konnte“. (*Tja, der wurde trotzdem Arzús‘ Nachfolger, als Präsident d.Red.*). Dabei reichte der Arm der Bande bis in die Regierung von Arzú, was durch die Entlassung des stellvertretenden Verteidigungs- und Innenministers dokumentiert wurde. Der andere Grund ist der, dass dem Privatsektor die Kosten für die Importe zu hoch wurden.

Das Ganze erinnert doch sehr an La Linea und andere kriminelle Strukturen des PP-Präsidenten Otto Pérez Molina, die die CICIG in den 2010er Jahren aufgedeckt hat.

Zum anderen war es die Zeit der letzten Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und der Guerrilla URNG. Da wurde über den Ort der Unterzeichnung diskutiert: Die Ixil forderten, dass sie in ihrem Gebiet stattfinden solle, weil dort die schwersten Repressionen stattfanden; der damalige USAC-Rektor, Jafeth Cabrera (*2015-2019 Vizepäsident neben Jimmy Morales, d.Red.*), brachte wegen „des grossen Prestiges“ der Universität San Carlos seine Hochschule ins Spiel. Derweil hissten Unbewaffnete URNG-Aktive vor dem Nationalpalast in der Hauptstadt ihre Fahne neben der gu-

atemaltekischen und wurden dabei gegen herbeikommende PolizistInnen von AnhängerInnen ‚geschützt‘. Andere Aktive der Guerrilla sprachen mit dem Bürgermeister von Quetzaltenango, dem Gouverneur von Retalhuehu oder mit Studierenden an der USAC über die Gründung einer revolutionären Einheitspartei. Eine kurze Phase linker Euphorie? Darüber hinaus gab es einen Bericht über die Tragödie in dem Fussballstadion Mateo Flores in der Hauptstadt, bei dem in einer Panik, die durch die Ausgabe von mehr als 7.000 gefälschten Tickets beim WM-Qualifikationsspiel gegen Costa Rica ausgelöst wurde, 82 Menschen starben.

Heft 200 vom 15. Dezember 1999

Im Heft 200 ging es in der Hauptsache um den Fall des ermordeten Bischofs Juan Gerardi. Der zuständige Staatsanwalt musste aufgrund von Morddrohungen Guatemala verlassen, obwohl er, Celvin Galindo, „konkrete Beweise gegen konkrete Personen aus Militärkreisen“ hatte, die an dem Mord beteiligt waren. Es war zudem kurz vor der Stichwahl der Präsidentschaftswahl zwischen Alfonso Portillo und Oscar Berger, die Portillo gewann. Galindo nennt als zukünftig wichtigen Militär Otto Pérez Molina, ein Freund von Portillo einerseits, ein Militär vom eher progressiven Flügel andererseits, der an den Friedensverhandlungen teilnahm und aktiv mitwirkte. Der klar zugunsten von FRG gehende Wahlkampf für die zweite Runde der Präsidentschaftswahl wird in einem weiteren Artikel thematisiert.

Weitere Nachrichten befassten sich mit der Rechtsprechung im Land: etwa dem Freispruch für den Leiter der Zivilpatrouillen, Antonio Laclán Chaclán und anderer wegen der Beteiligung an dem Mord an elf RückkehrerInnen in Xamán, Landkreis Chisec in Alta Verapaz. Und Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú reichte in Spanien eine Klage gegen hochrangige Militärmachthaber, darunter Ríos Montt, Victores, Lucas García u.a. wegen Genozid ein, unter anderem wegen dem Massaker in der spanischen Botschaft 1996, wo fast die gesamte Familie von Menchú getötet wurde. Zur Überwachung der Umsetzung hatte die UN eine Monitoring-Mission (MINUGUA) eingerichtet, die jährlich Berichte verfasste. Keinerlei Fortschritte konnte die Mission im Bereich Steuerreform erkennen, ebenso wenig bei der Sicherheitsfrage und der Wohnsituation (*das gilt ja im Prinzip bis heute, d.Red.*). Positiv sei die Einrichtung des Frauenforums, die Rückkehr der Flüchtlinge und manch andere Dialogprozesse. Gefordert wurde eine Reform der Polizei und des Justizwesens. Die URNG habe hingegen – so schrieb MINUGUA – all ihre Versprechen eingehalten.

Die Rechte Behinderter, die wir in Bezug auf die Studierenden der USAC kürzlich angesprochen hatten, waren auch ein Thema in Heft 200, eine Vereinigung behinderter Menschen (AGPD) forderte Verbesserungen bei der Integration in die Gesellschaft, insbesondere beim Zugang zu Bildung und Medizin. Den behinderten Militärangehörigen gehe es laut der Nachricht hingegen besser als den ‚Zivilen‘.

Und schließlich gab es im Hafen von Izabal Explosionen in einer Lagerhalle voller Chemikalien, die die gesamte Umgebung kontaminierten.

Heft 300 vom 31.12.2003

Heft 300 schließt sich insofern inhaltlich an Heft 200 an, als auch hier Präsidentschaftswahlen das Hauptthema waren (der Sieg von Oscar Berger gegen Álvaro Colom) und zudem ein MINUGUA-Bericht zur Umsetzung des Friedensabkommens von dem grünen Politiker Tom Königs mit ähnlichem Inhalt wie der, der vier Jahre zuvor vorgestellt wurde. Ebenso unbefriedigend wie die Bilanz von MINUGUA fiel auch die Bilanz der vierjährigen Regierungszeit von Alfonso Portillo aus: Ineffizienz, unsozial und korrupt, so ließe es sich zusammenfassen.

Schließlich ging es um ein Freihandelsabkommen mit den USA, bei dem Guatemala ihre Märkte für US-Produkte und -Investitionen öffnen würde, während die USA entsprechendes innerhalb von 15 Jahren umsetzen müsste. Der Widerstand dagegen wuchs damals gleichwohl – bis in das Unternehmerlager hinein.

Heft 400 vom 19. Dezember 2007

Auch Heft 400 war mit einer Präsidentschaftswahl verbunden, der Wahl des letztmaligen Zweiten Álvaro Colom zum Präsidenten. Weitere Nachrichten betrafen den Umbau des Hauptstadtflughafens Aurora und die (Fast-)Zusammenstöße mit den Militärfliegern auf den Landebahnen, ein neues Adoptionsrecht, die Einschüchterungen von Frauen, die sich um die Aufarbeitung der sexuellen Gewalt gegen Frauen während der Repression kümmern, die unzureichende Einrichtung und Finanzierung des neu gegründeten Nationalen Instituts für Forensische Wissenschaften (INACIF) [*das inzwischen für viele gelungene Ermittlungsergebnisse verantwortlich ist, d.Red.*] und die Einrichtung des Myrna-Mack-Fonds für Ethnologie-Studierende, die auf der Basis eines Urteils des Gerichtshofs für Menschenrechte der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gegen Guatemala wegen des Mordes an der Ethnologin und Menschenrechtsaktivistin Myrna Mack Chang 1990 durch Militär- und regierungsnahe Kräfte geschaffen wurde.

Im Mittelpunkt des Heftes war der zweite Teil des Berichts über einen Jugendaustausch zwischen der Schweiz und Guatemala. Ein junger Mann aus dem Ixcán (im Norden des Quiché) berichtete im Interview von seiner Rückkehr nach Guatemala nach neun Monaten Aufenthalt in der Schweiz.

Heft 500 vom 21. Dezember 2011

Mit dem Heft 500 hat sich Barbara Müller aus der Redaktion verabschiedet und ihre Abschiedsgedanken kundgetan. An dieser Stelle noch mal eine Dankeschön an sie für 312 Ausgaben und ihre weiterhin aktuelle Arbeit als Herausgeberin und Verwalterin der Kasse.

An den thematischen Schwerpunkten – Aufarbeitung der Verbrechen während des Bürgerkrieges oder Frauenrechte – hat sich seither wenig geändert. Auch das folgende Zitat von Barbara gilt prinzipiell weiterhin:

„Es war mir in all den Jahren ein Anliegen, nicht „Hofberichterstatteerin“ für eine bestimmte politische Strömung oder eine bestimmte soziale Organisation zu sein. Waren die Gesetzesinitiativen, die kurz nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen dem Kongress vorgelegt wurden, zum Teil wegen ihrer Neuartigkeit oder wegen ihrem Inhalt brisant und deshalb erwähnenswert, gleicht heute der Kongress einem Theater, das immer das gleiche Stück im Programm hat und alle vier Jahre ein paar SchauspielerInnen auswechselt. Darüber zu schreiben, wird mit der Zeit langweilig – und ärgerlich.“

Aber letzteres ist leider das, was in der Politik, also in Regierung und Kongress, geschieht und insofern dokumentiert werden muss. Der Ärger darüber wird dann über sarkastischen Kommentaren als redaktionelle Einschübe ausgelebt.

Aber – bevor wir es vergessen: was gab es noch in Heft 500?

Wieder erscheint ein ‚rundes‘ Heft nach einer Präsidentschaftswahl, diesmal die Wahl von Otto Pérez Molina. Ansonsten geht es um eine Anzeige gegen Angehörige führender UNE-FunktionärInnen und der Generalstaatsanwältin Claudia Paz y Paz, aber auch gegen die Journalistinnen und Menschenrechtsaktivistinnen Iduvina Hernández und Marielos Monzón, wegen der angeblichen oder mutmasslichen Beteiligung an Morden und Entführungen durch Guerilla-Einheiten. Unabhängig davon, dass auch die Guerillas mit ihren Morden an Militärs, US-Botschaftern etc. Verbrechen begangen haben, sind diese Anzeigen doch auch als Einschüchterungsversuch gegen diese Personen und ihre Rolle bei der Aufarbeitung der Verbrechen des Militärs (die 95 % aller Verbrechen begangen hatten) anzusehen – zumal – wie im Falle Monzón, diese zu der Zeit, als diese Taten, die ihr vorgeworfen wurden, begangen worden waren, noch gar nicht geboren war.

Ihre rechtsstaatliche Gesinnung hat das Verfassungsgericht Guatemala bereits Ende 2011 bewiesen, als es eine Regulierung der *consultas* der indigenen Gemeinden von Seiten der Colom-Regierung kippte.

Der ex-Präsident Portillo wurde in jenem Jahr in den USA wegen Korruption vor Gericht gestellt, während der ex-Polizeichef Figueroa in Österreich vor Gericht kam wegen des Massakers an Inhaftierten im Gefängnis Pavón.

Und schließlich wurde von guatemaltekischen MigrantInnen in den USA und Mexiko berichtet, dass fast 300 Personen getötet worden seien. Mauro Verzeletti, über dessen Bedrohung als Leiter der Casa de Migrantes wir in der vorletzten Ausgabe berichteten, beklagte sich über die unverhältnismäßige, z.T. tödliche Behandlung von MigrantInnen in den USA. Auch das UNHCR kritisierte die Haftzentren in den USA.

Heft 600 vom 3. Februar 2016

Dieses Heft war ein insgesamt neunseitiger Rückblick auf – zu dem Zeitpunkt – 22 Jahre **¡Fijáte!** Es erschien drei Wochen nach dem Amtsantritt des gewählten Comedian und Unternehmers, Jimmy Morales. Über den als (angeblich) Nicht-Korrupten, aber als eindeutig Nicht-Linken gewählten Nicht-Politiker konnte Heft 600 noch nichts vermelden. Wohl aber über das Stühlerücken der gewählten Abgeordneten von einer Partei zur anderen: Nach dem Wahlergebnis vom September [2015] hätten die Parteien LIDER 45 und PP 18 Mandate gehabt, jetzt zu Beginn der Amtsperiode sind es noch neun bzw. drei Mandate. 49 Abgeordnete haben sich flugs neue Fraktionen (AC, PRO, REF, BI) geschaffen, die auf keinem Wahlzettel standen. Diesem Treiben versuchte die Oberste Wahlbehörde TSE mit neuen Regulierungen Einhalt zu gebieten, aber die Nicht-Zulassung von Fraktionswechslern geschah bei der letzten Wahl eher willkürlich als systematisch.

Fazit:

Barbara hatte in Heft 500 über die immer gleichen Personen gesprochen. Ja, sie hat Recht, wie der Blick allein auf sechs von 699 Ausgaben gezeigt hat. Da werden die aufsteigenden Personen – hier Portillo und Pérez Molina – als solche vorhergesagt und dann tatsächlich zu Präsidenten gewählt. Aber zu den immer gleichen Personen gehören auch verdienstvolle Menschen wie Iduvina Hernández oder Mauro Verzeletti, die damals wie heute die Finger in die Wunden der Gesellschaft(en) legen. Und dafür wie so viele bedroht werden.

Und auch wenn der Unbekannte aus Heft 600 namens Jimmy einer Institution wie der CICIG den Garaus gemacht hat, um sich selbst und manche FreundInnen zu schützen, diese Institution wie auch eine durch sie gestärkte Justiz hat in den vergangenen Jahren einiges bewirkt, was in den Zeiten von Heft 100 oder 200 undenkbar gewesen wäre.

Und ja, der Wind dreht sich. Die Wahlen um die RichterInnen der Obersten Gerichte und die Einflussnahme von Korrupten wie Gustavo Alejos darauf werfen einen besorgniserregenden Schatten auf die gekeimten Pflanzen des rechtsstaatlichen Gewächshauses. Und noch mehr die ungesühnten und ungeahndeten Morde an 17 CODECA-AktivistInnen seit 2018 (zuletzt an Dominga Ramos, s.u.).

Aber auf der anderen Seite sind Zivilgesellschaft, der Menschenrechts-Ombudsmann, Teile der Justiz (v.a. das Verfassungsgericht) und eine Vielzahl kritischer Medien durchaus wachsam. Gerade hat das Verfassungsgericht wegen den Machenschaften von Alejos das Berufungsverfahren gestoppt.

Also: auch wenn es manchmal schwerfällt, Resignation ist nicht angebracht. Trotz allem.

Wir kehren am Ende zum Jubiläum dieser 700. Ausgabe zurück. Aber zuvor berichten wir über das, was sonst in Guatemala passiert ist: Die Massnahmen gegen das Corona-Virus, der erneute Mord an einer CODECA-Aktivistin und eine Analyse über Frauenpolitik (oder mangelnde Politik für Frauen) anlässlich des Internationalen Frauentags.

COVID-19: Personen, die aus Europa einreisen, müssen in Quarantäne

Guatemala, 11. März - Präsident Alejandro Giammattei nahm an einem Fröhschoppen bei der Bauhandwerkskammer teil und versicherte in seiner Ansprache, dass Guatemala eine verpflichtende Quarantäne für alle Personen einführen werde, die aus Europa ins Land einreisen. Den letzten Anstoss zu dieser Massnahme war, dass die Weltgesundheitsorganisation WHO die Ausbreitung des COVID-19 als Pandemie eingestuft hatte. Diese Massnahme tritt ab dem 12. März in Kraft und gilt zunächst einmal unbefristet. Konkret bedeutet diese Entscheidung der Regierung, dass jede Person, die aus Europa oder anderen Regionen, in denen das Virus grassiert, einreisen, sieben Tage lang in verpflichtender Quarantäne gehalten werden. (...) Stunden zuvor hat das Aussenministerium weitere Präventionsmassnahmen angekündigt: Eine ist das Einreiseverbot für alle europäischen BürgerInnen ohne Ausnahme, das wiederum laut dem Gesundheitsministerium auch auf BürgerInnen aus dem Iran, aus der Volksrepublik China und aus Korea ausgeweitet werde. Von den US-AmerikanerInnen ist dabei nicht die Rede, obwohl gestern ein Verdachtsfall in Miami für Unruhe sorgte: Dabei handelt es sich um einen 28-jährigen Mann, der aus der Hauptstadt Floridas abgeschoben wurde.

Giammattei hatte gesagt, dass alle Reisenden aus Europa in das Krankenhaus von Villa Nueva gebracht würden. Gesundheitsminister Hugo Monroy hingegen stellte klar, dass das nur für jene mit Symptomen zutreffe, alle übrigen jedoch in ihren Häusern abgeschottet werden würden.

Zu den ersten Personen, die in Quarantäne gehen mussten, werden der Wirtschaftsminister Antonio Malouf und der Direktor des Guatemalteckischen Tourismusinstituts (INGUAT), Mynor Cordón gehören. Beide sind auf einer Reise in Spanien, einem der Länder mit der höchsten Corona-Virus-Rate. Malouf schrieb auf Twitter, dass er nach der Rückkehr zu Hause arbeiten könne. Er versicherte auch, dass er nicht in das Krankenhaus Villa Nueva gebracht werden würde, jenem Krankenhaus, das am besten auf diese virale Krankheit eingestellt sei. (Nómada)

Wieder Mord an Mitglied von CODECA in Guatemala

Las Delicias im Landkreis Santo Domingo, Suchitepequez, 7. März - Die Reihe von Morden an linken AktivistInnen reißt auch unter der neuen Regierung von Alejandro Giammattei nicht ab. Am 5. März wurde Dominga Ramos Saloj, 53 Jahre alt, in ihrem Haus von einem unbekanntem Mann erschossen. Dominga Ramos war Mitglied des „Komitees für bäuerliche Entwicklung“ (CODECA) und der von ihr mitgegründeten linken Partei „Bewegung für die Befreiung der Völker“ (MLP). Sie war die Ehefrau von Miguel Ixcal Perez, Mitglied der nationalen Leitung von CODECA und des Teams um die MLP-Abgeordneten Vicenta Jeronimo. Er befand sich zur Zeit des Mordes an seiner Ehefrau in der Hauptstadt des Landes.

Die Zeitschrift *prensacomunitaria* beschreibt den Tathergang basierend auf Zeugenaussagen. Dominga Ramos habe sich gegen 17:30 in ihrem Haus in der Gemeinde Las Delicias im Landkreis Santo Domingo, Suchitepequez, aufgehalten, als ein unbekannter Mann an der Tür nach ihr fragte und sofort Schüsse abgab. Dominga Ramos starb innerhalb weniger Sekunden. Zum Zeitpunkt des Mordes befand sich ihre Schwiegertochter und mehrere Enkelkinder im Haus und wurden Zeuginnen der Tat.

Ramos wurde am 7. März unter grosser Anteilnahme von Angehörigen, EinwohnerInnen und politischen WeggefährtInnen beerdigt. Ihr Ehemann erinnerte mit emotionalen Worten an Dominga Ramos. Die MLP-Abgeordnete Vicente Jeronimo und die Präsidentschaftskandidatin der MLP bei den Wahlen im Juni vergangenen Jahres Thelma Cabrera hielten kurze Ansprachen, in denen sie den Mord in den Kontext früherer Morde und ein allgemeines Klima der Repression stellten. „Die Oligarchie in Guatemala wird uns niemals friedlich leben lassen. Doch wir werden unseren Weg weiter gehen, auch wenn viele von uns das Ziel, ein gerechtes und friedliches Guatemala, nicht mehr erleben werden“, so Cabrera. Vicenta Jeronimo sagte mit Blick auf ihre Tätigkeit als Abgeordnete, „Im Kongress gibt es kein Bewusstsein für Not und Armut in Guatemala. Der Kongress ist im Besitz der Oligarchie, der KapitalistInnen in Guatemala“.

Der Mord am 5. März war der 17. Mord an einem Mitglied von CODECA bzw. der MLP seit Beginn des Jahres 2018. Keiner der Morde wurde bisher aufgeklärt.

Auch andere Organisationen und UmweltschützerInnen sind von Repression und Morden betroffen. Insbesondere im Zusammenhang mit Protesten gegen die seit Jahren steigende Zahl von Bergbau- und anderen Megaprojekten kommt es immer wieder zu Repressionen, willkürlichen Festnahmen und Morden an Aktivisten. (Thorben Austen, Quetzaltenango)

„Frauen“politik von Giammattei: Weder Frauensekretariat noch Frauenministerium

Guatemala, 7. März – Viele Frauenorganisationen sind besorgt: Der Präsident kündigte an, dass er alle Sekretariate, die nicht im Gesetz über die Exekutive ausdrücklich genannt werden, auflösen wolle. Darunter fällt auch das Sekretariat für die Frauen (SEPREM), das wichtigste staatliche Organ für die Förderung der Rechte der Frauen im Land.

Bereits bevor er sein Amt antrat, hatte der gewählte Präsident Alejandro Giammattei bei einem Treffen mit Repräsentantinnen verschiedener Frauenorganisationen versichert, dass SEPREM aufgelöst werden würde. Nach Angaben von zwei Personen, die damals anwesend waren, argumentierte Giammattei damit, dass diesem wie anderen Sekretariaten die rechtliche Grundlage fehle, da sie über Kabinettsbeschlüsse im Jahr 2000 eingerichtet worden seien und nicht durch eine Reform des Gesetzes über die Exekutive. Auch wenn der Amtsinhaber versprach, neue spezifischen Mechanismen für die Förderung von Frauenrechten einzurichten, waren die Frauenverbände sehr unzufrieden. (...)

Wenn die Vorstellungen des Präsidenten umgesetzt werden, dann wird es keine spezifische staatliche Stelle geben, die

Politik für Frauen anstossen und umsetzen wird, z.B im Kampf gegen die Gewalt, ein Thema, dass Giammattei bei seiner Amtseinführung ansprach: “Sie werden betreut, gehört und geschützt!”, hatte der neue Präsident am 14. Januar gerufen. “Sie verdienen dieselben Möglichkeiten, und zwar nicht, weil es das Gesetz sagt, sondern weil sie genauso viel oder mehr wert sind als die Männer. Und ich sage Ihnen: Wenn irgendwer gegen sie die Hand erhebt, dann wird er es mit der ganzen Macht des Staates zu tun bekommen!” Dieses starke Angebot scheint dem Präsidenten jedoch nicht mehr so dringend zu sein. Zwei Monate nach Amtsantritt hat er noch immer keine Leiterin des SEPREM benannt, was natürlich logisch ist, wenn er es tatsächlich schliessen will. (...)

Frauenverbände haben eine Liste von Kandidatinnen aufgestellt, die sie dem Präsidenten vorlegen wollen. Diese Methode zur Ernennung einer Leiterin wurde während der Präsidentschaft von Otto Pérez Molina ausgesetzt, als dieser die entsprechende Regierungsverordnung änderte und direkt Elizabeth Quiroa bestimmte, ein Mitglied seiner Patriotischen Partei. Ein Mitspracherecht von Frauenverbänden in diesem Verfahren wurde während der Regierung von Jimmy Morales wieder eingeführt. Er ernannte Ana Leticia Aguilar Theissen, entliess sie aber wieder, als sie sich für den Schwangerschaftsabbruch von Schwangeren, die vergewaltigt worden waren, aussprach. Die Frauenbewegungen zeigten sich besorgt darüber, dass Giammattei noch immer niemanden für die Leitung des SEPREM benannt hat. “Wir bedauern, dass es kein wirkliches Interesse daran hat, obwohl (oder gerade weil) diese Institution funktioniert”, sagte Patricia Pinto von der Organisation «Politische Agenda der Frauen in Diversität».

Ein Sekretariat in Zeiten der Ungleichberechtigung

Zu den Aufgaben der SEPREM gehört es, die wirkliche Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen zu fördern. Und in Sachen Gleichberechtigung ist Guatemala weit abgeschlagen. Das beste Beispiel ist die politische Repräsentation. Laut letztem Zensus sind 52 % der Bevölkerung Frauen. Die Zahl der Stellen in der öffentlichen Verwaltung, die mit Frauen besetzt sind, kommen da bei weitem nicht heran: Von den 160 Kongressabgeordneten sind 31 Frauen, also 19 %. (...) Es gibt im Land 340 Landkreise, aber nur 11 werden von einer Frau regiert, gerade mal 3 %.

Deshalb ist eine Einrichtung wie SEPREM so wichtig, die nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages das Engagement des Staates für die Gleichberechtigung demonstrieren sollte. Sie hat die Aufgabe, die nationalen Politikansätze zur Förderung und Entwicklung von Frauen bis ins Jahr 2023 zu koordinieren. Zugleich präsentierte es kürzlich den Nationalen Plan zur Prävention und Beendigung der Gewalt gegen Frauen (Planovi), der für die kommenden neun Jahre gelten soll. Ausserdem soll es die Erfüllung nationaler Regelungen und internationaler Abkommen mit Bezug zu Frauenfragen überwachen. Schliesslich repräsentiert SEPREM die Regierung bei nationalen und internationalen Events zu dieser Thematik.

“Aber aktuell erfüllt die Verwaltung diese Aufgaben nicht”, meint Linsley Tillit, von der Vereinigung Flügel des Schmetterlings. “Die Regierung nimmt andere Leute“, etwa die Präsidententochter, die Guatemala in der jüngsten Regionalen Konferenz über die Frau in Lateinamerika und der Karibik repräsentiert hat. Diese Konferenz wird von der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) organisiert. Ihr Ziel ist die Überprüfung der Fortschritte im Bereich der Autonomie und Rechte der Frauen in den Ländern dieses Kontinents, aber auch der Erfüllung der internationalen Abkommen zur Gleichberechtigung der Geschlechter. Mit einem Schliessen der SEPREM würde die Regierung eine der Empfehlungen der Kommission zur Konvention über die Eliminierung von jeglichen Formen der Diskriminierung von Frauen, die sie an Guatemala gerichtet hat, verletzen. 2017 hatte diese Kommission darum gebeten, das Mandat der SEPREM zu erweitern und ihm einem Ministeriumsstatus zuzugestehen.

Andere, aber aktuell ruhende Mechanismen

Das mögliche Schliessen der SEPREM scheint nur eine Sorge der Frauenverbände zu sein. “Die Frauen müssen uns helfen, sagte Linsley Tillit, “z.B. die des Forums der weiblichen Abgeordneten, indem sie die Einrichtung eines Frauenministeriums fordern”. Dieses Forum wurde 2016 gegründet und wird momentan von der UNE-Abgeordneten Marleni Matías geleitet. Ihm gehören Abgeordnete aller Fraktionen an und sein Ziel ist es, gesetzliche Initiativen zugunsten der Frauen anzustossen, Problemlösungen auf nationaler Ebene zu initiieren und gute Beziehungen zu Organisationen aus der Zivilgesellschaft herzustellen. Allerdings ist das Parlamentarische Forum der Frauen in der anlaufenden Legislaturperiode noch nicht so recht aufgewacht. Es gibt zwar eine Geschäftsführung, aber bisher gibt es noch keinerlei Aktivitäten, die den Dialog zwischen den Abgeordneten fördern oder in denen gemeinsame Positionen zu bestimmten Themen entwickelt werden. Plaza Pública hat fünf frisch gewählte Abgeordnete befragt und alle bestätigten, dass sie sich noch nicht dem Forum angeschlossen hätten.

Die Abgeordnete Marleny Matías versicherte, dass es natürlich notwendig sei, die rechtlichen Grundlagen von SEPREM zu prüfen, aber andererseits könne ein Staat nicht einfach eine Institution, die das Wohl der Frauen herstellen soll, schliessen. Die jetzige Situation sei eine Chance, um ein Frauenministerium zu schaffen. Im Kongress habe man mit der Gesetzesinitiative 4977 die erste Hälfte des Weges begonnen. In diesem Entwurf, der im April 2018 eingebracht wurde, ist die Gründung eines solchen Ministeriums enthalten. Er wurde vom Frauenausschuss zum Beschluss empfohlen und in zweiter Lesung angenommen. Sowohl für Matías wie für Frauenorganisationen würde die Umwandlung von SEPREM in ein Frauenministerium die vorhandenen Möglichkeiten symbolisieren, die Situation der Frauen zu verbessern. Damit erhielten Frauenfragen einen Raum erhalten am Kabinetttisch und es würde sichergestellt, dass alle politischen Aktivitäten der übrigen Ministerien daraufhin geprüft werden, ob sie die Gleichberechtigung von Mann und Frau fördern. Ein steiniger Weg. “Wir müssen ein Bewusstseinsprozess in unseren Fraktionen initiieren, um die Einrichtung eines Frauenministeriums herbeizuführen. Daran arbeitet das Parlamentarische Forum der Frauen”, kündigt Matías an.

Der stichhaltigste Vorschlag ist überflüssig

Diese Woche hat eine Gruppe von 13 weiblichen Abgeordneten, angeführt von Sofía Hernández aus der Fraktion von UCN und erste Vizepräsidentin des Kongresses, eine Gesetzesinitiative eingebracht mit dem Titel «Gesetz zur Förderung der Teilhabe und ganzheitlichen Entwicklung der Guatemalteken Frau». Ziel ist es “den Frauen die Möglichkeit zu geben, ihre Rechte wahrzunehmen, ihre Persönlichkeit, Fertigkeiten und Fähigkeiten entwickeln zu können, um so über eine koordinierte Arbeit zwischen Organen des Staates die ganzheitliche Entwicklung der Frauen zu erreichen”. Der Entwurf erkennt die rechtliche Gleichstellung der Frauen ebenso an wie die Aufgabe des Staates, die Frauen vor Gewalt zu schützen, das Recht auf Selbstorganisation und politische Teilhabe und der Zugang zur Bildung. Der Inhalt des Gesetzentwurfes bezieht sich in seinen 14 Artikeln zugleich auf wichtige bereits bestehende Regelungen, etwa das «Gesetz zur Herstellung der Würde und ganzheitlichen Förderung der Frau», das «Gesetz über Soziale Entwicklung» und das «Gesetz für eine Nationale Politik zur Förderung und ganzheitlichen Entwicklung der Frauen». Plaza Pública versuchte einen Kommentar von Sofía Hernández zu ihren Motiven für diese Gesetzesinitiative zu erhalten, aber sie reagierte nicht auf unsere Anrufe. Marleny Matías, die ebenfalls hinter diesem Gesetzentwurf steht, sagte, dass die weiblichen Abgeordneten vor der Vorstellung dieses Entwurfes darüber diskutierten, ob solch eine Forderung erhoben werden solle, weil dieser Entwurf bereits anderweitig geltendes Recht ist. “Die wenigen Ergebnisse der aktuellen Institution bringen uns dazu, jeden Weg mitzutragen, der eine Verbesserung der Situation der Frauen bringen könnte”, sagte sie. “Aber der Frauenausschuss sollte genau prüfen, ob dieser Entwurf zielführend ist oder nicht”, betonte sie. Insofern ist es unsicher, wie die Politik die gesellschaftliche Exklusion der Frauen überwinden wird. (Plaza Publica)

Grüße aus Guatemala zum 700. Heft

Hola **¡FIJÁTE!**,

Bald wird es dreißig Jahre her sein, dass ich in den vielen Ordnern und Pappheften des alten Archivs der Mediothek im Welthaus Bielefeld auf Kopien des Nachrichtendienstes CERIGUA gestoßen bin. Daraufhin habe ich mich vor jeder Reise nach Guatemala im Leseraum des Welthauses Bielefeld über die Entwicklungen der vergangenen Monate schlau gemacht. So ergab sich die eine oder andere Rechercheidee für meine Arbeit als freier Journalist. Damals gab es in Deutschland nur sehr wenige aktuelle Informationsquellen zu Guatemala. So empfand ich es als große Enttäuschung, als CERIGUA den Dienst einstellte. Fast gleichzeitig löste das Welthaus sein Papierarchiv auf. „Welch ein Verlust“, dachte ich, bis ich erfuhr, dass eine kleine Gruppe engagierter Guatemala-AktivistInnen diese Lücke mit der **FIJÁTE!** füllen wollte. Ein paar Jahre lang freute ich mich über regelmäßige Infos aus Guatemala in meinem deutschen Briefkasten. Irgendwann dann öffnete sich das Tor des Internets und die Zeit der Lektüre von Nachrichten aus Guatemala auf Papier war vorbei. Zur gleichen Zeit hielt ich mich jedes Jahr viele Monate lang in Guatemala auf.

Ich stellte fest, dass in der **FIJÁTE!** eine Sicht auf die Realität des Landes zu lesen war, die nur selten der entsprach, mit der die damaligen guatemalteken Printmedien (Prensa Libre, El Grafico, Siglo Veintiuno, La Republica, La Hora) auf das Land blickten. Doch mit der Zeit kamen über Webseiten und das Kabelfernsehen immer neue Perspektiven hinzu.

Heute ist die **FIJÁTE!** in Deutschland nur noch eine von vielen Quellen, aus denen man Neuigkeiten aus Guatemala schöpfen kann. Aber auch so finde ich in fast jeder Ausgabe wertvolle Informationen und anregende Analysen.

Über die Jahre habe ich versucht, meinen Teil zu dieser Berichterstattung beizutragen. Ab und zu stelle ich der Redaktion Ergebnisse meiner eigenen Recherchen vor Ort zur Verfügung, in der Hoffnung, dass **FIJÁTE!**-LeserInnen diese Texte gerne und mit Erkenntnisgewinn lesen.

Mit besten Grüßen aus Guatemala, Andreas Boueke

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnent: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnent 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6